

Antragsbereich R – Rechtsextremismus

Antragsnummer: R1

Antragsteller: Unterbezirk Bayreuth

Weiterleitung an: SPD Bezirksparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD Landesparteitag, Innenministerium Bayern

Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth

Wir fordern, dass das bayerische Innenministerium im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtages zum Nationalsozialistischen Untergrund („NSU“), welche eine personelle Verbindung zwischen der Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth und dem Unterstützer_innen-Kreis der Terrororganisation NSU Untersuchungen bezüglich einer direkten Unterstützung der Burschenschaft zu Gunsten der NSU anstellt. Sollte sich herausstellen, dass der Burschenschaft die Tätigkeit ihres Mitglieds in dieser Richtung bekannt war oder dass es hier sogar eine Unterstützung der Terrororganisation gab, fordern wir das bayerische Innenministerium auf, die Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung mit sofortiger Wirkung zu verbieten.

Die Burschenschaft ist in der Vergangenheit mehrfach auf Grund einer rechten, völkischen Grundhaltung aufgefallen ist. Dies geschah u.a. durch einen Artikel, der im Namen ihrer Aktivitas in den „Burschenschaftlichen Blättern“ verbreitet wurde, in welchem sich rassistische Erwägungen finden, die als Grundlage für den so genannten Arierantrag der Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn gelten kann und von der Thessalia als Mitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft mitgetragen wurde. Weiterhin gibt es konkrete personelle Überschneidungen zwischen Thessalia sowie der so genannten „Anti-Antifa-Szene“ und rechtsradikalen Kameradschaften.

Alle diese Sachen erfordern im Zusammenhang mit den Ergebnissen des Berichts des Untersuchungsausschusses nun eine klare Aufklärung der Zusammenhänge der Thessalia mit der rechtsradikalen Szene und besonders mit dem NSU.